

Walter Schmidt

Die Kommunisten und der preußische Vereinigte Landtag 1847

Artikel Wilhelm Wolffs in der „Deutschen-Brüsseler-Zeitung“

Als der preußische König Friedrich Wilhelm IV. am 3. Februar 1847 ein Patent erließ, in dem er für den 11. April d. s. gleichen Jahres einen aus den Vertretern sämtlicher Provinzialstände bestehenden Vereinigten Landtag für Preußen einberief¹, begann sich in Deutschland eine neue politische Entwicklung abzuzeichnen, eine revolutionäre Situation herauszubilden. Der preußische Staat, der sich bislang stets mit Erfolg oppositioneller Attacken hatte erwehren können, suchte nun selbst den Ausweg aus der tiefen Krise, in die er nicht allein durch die zerrütteten Staatsfinanzen geraten war, in Zugeständnissen an die Bourgeoisie, von der er Kredite erwartete.² Freilich war der konzedierte Fortschritt spärlich genug und sollte überdies stets durch regierungsamtliche Reglementierung kanalisiert bleiben. Die Befugnisse der neu berufenen Institution waren äußerst begrenzt. Im Grunde beschränkten sie sich darauf, Bittschriften und Beschwerden an den König zu richten und Anleihen und Steuern zu bewilligen. War der Spielraum für eine bürgerliche Opposition dadurch und durch weitere Festlegungen, wie die Geschäftsordnung³, von vornherein stark eingeeengt, so entstand mit dem Vereinigten Landtag erstmals eine gesamtstaatliche Tribüne für deren Formierung. Obwohl er ganz und gar nichts mit einer parlamentarischen Repräsentation zu tun hatte, bot er den bourgeois Liberalen nichtsdestoweniger erstmals die Gelegenheit, sich legal zusammenzufinden und die eigenen Interessen öffentlich zu vertreten.

Das Patent vom 3. Februar 1847 fand in der politischen Öffentlichkeit ein breites Echo, es löste eine umfangreiche Auseinandersetzung aus, an der

sich die verschiedenartigsten politischen Kräfte beteiligten und in der die Meinungen von zaghafter Zustimmung bis zu strikter Ablehnung reichten.⁴ Auch die deutschen Kommunisten, die sich in Brüssel als selbständige politische Richtung um Marx und Engels zu gruppieren begonnen hatten, griffen in diese Debatte ein. Für sie war die Einberufung des Vereinigten Landtags in Preußen der eigentlich letzte Anstoß, sich intensiv den Fragen der politischen Strategie des Proletariats in der heranreifenden bürgerlichen Revolution zuzuwenden und ein eigenes wissenschaftlich begründetes taktisches Konzept für den Kampf um bürgerliche Demokratie in Deutschland auszuarbeiten.⁵ Engels entwarf mit der nur als Torso überlieferten Handschrift über den „Status quo in Deutschland“⁶ den „Feldzugsplan“ der revolutionären Kommunisten – die sich selbst als „avancierteste Fraktion“ im antifeudalen Lager begriffen – für die bevorstehende Kampagne zum Sturz des halbfeudalen Regimes und zur Errichtung der bürgerlichen Ordnung in Deutschland.⁷

Die Ausarbeitung der kommunistischen Politik und Taktik war für die weitere Entwicklung der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung zu diesem Zeitpunkt von brennender Aktualität. Als Marx und Engels zu Beginn des Jahres 1847 in den Bund der Gerechten eingetreten waren und begonnen wurde, diesen zu reorganisieren, nahm die Frage nach der Stellung des Proletariats zum Kampf um bürgerliche Demokratie einen wichtigen Platz ein.⁸ Im Bund der Gerechten gab es sowohl über den Charakter der in Deutschland heranreifenden Revolution als auch über die Haltung der Arbeiter zu dieser Revolution, wie die Ansprache der Zentralbehörde vom Februar 1847 zeigt, große Unklarheiten.⁹ Klärung der eigenen politischen Taktik aber war vonnöten, weil die „wahren“ Sozialisten auch auf dem politischen Terrain die proletarische Partei in Mißkredit brachten. Sie predigten nicht mehr nur ihren klassenversöhnlerischen „Liebeskommunismus“, sondern wandten sich auch gegen eine Teilnahme der Arbeiter am politischen Kampf um bürgerliche Demokratie.¹⁰ Ihre blindwütigen Attacken ausschließlich gegen die Bourgeoisie konnten nur dem reaktionären halbfeudalen System zugute kommen, dessen Repräsentanten von sich aus mit der Arbeiterklasse zu kokettieren und sich demagogisch als deren Fürsprecher zu empfehlen begannen, um sie gegen die Bourgeoisie einsetzen zu können.

Drei Kerngedanken bestimmten die kommunistische Haltung zum politischen Kampf gegen die reaktionären Feudalkräfte. Erstens betonten die Kommunisten die objektive Gesetzmäßigkeit des Sieges der bürgerlichen Gesellschaft über den Feudalismus. In Deutschland stand in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts gerade die historische Aufgabe, diese Gesetzmäßigkeit zum Durchbruch, das heißt die kapitalistische Ordnung zur Herrschaft, zu bringen. Das war nur durch eine ihrem Charakter nach bürgerliche Revolution zu erreichen. Zweitens erkannten sie, daß in dieser

bürgerlichen Revolution allein die Bourgeoisie zur Zusammenfassung und Führung der übrigen revolutionären Elemente der neuen bürgerlichen Gesellschaft fähig ist.¹¹ Drittens aber wiesen die Kommunisten unmißverständlich jede Abstinenz vom politischen Kampf energisch zurück und traten für eine aktive Teilnahme der Arbeiter am politischen Ringen um den bürgerlichen Fortschritt ein. Im Interesse der Erweiterung des Bewegungsraums, den bürgerlich-demokratische Verhältnisse der Arbeiterklasse bringen, plädierten sie für die Unterstützung der Bourgeoisie in ihren Auseinandersetzungen mit dem Adel und arbeiteten zugleich darauf hin, daß die Arbeiter sich dabei zu einer selbständigen revolutionär-demokratischen Kraft entwickeln.

Das Manuskript der Engelsschen „Constitutions Brochüre“¹² wurde damals nicht publiziert; lediglich Anfang März 1847 erschien ein Artikel von Engels im englischen Chartistenblatt „The Northern Star“.¹³ Doch wurden die in „Status quo in Deutschland“ gewonnenen Erkenntnisse schon im Prozeß der Ausarbeitung Allgemeingut auch der Brüsseler Kommunisten. Ende April/Anfang Mai schickte Engels aus Paris sein Manuskript nach Brüssel an Marx¹⁴, der bereits seit Jahresbeginn im regen Meinungsaustausch mit Engels über dieses Thema gestanden hatte. In Brüssel selbst waren die mit der Einberufung des Vereinigten Landtags auftauchenden neuen Probleme im dortigen Kommunistischen Korrespondenzkomitee, das seit Anfang 1846 bestand, debattiert worden. Dafür sprechen vor allem eine Reihe von Artikeln aus kommunistischer Feder, die in der folgenden Dokumentation zum Wiederabdruck gelangen. Autor dieser Arbeiten ist der Freund und Kampfgefährte von Marx und Engels Wilhelm Wolff¹⁵, der sich ihnen nach seiner Flucht aus Schlesien im Frühjahr 1846 angeschlossen hatte und nun auch erstmals öffentlich die Auffassungen der Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus zu verfechten und zu propagieren begann. Die Artikel erschienen von Ende Februar bis Anfang Juli 1847 in der „Deutschen-Brüsseler-Zeitung“.¹⁶

Die „Deutsche-Brüsseler-Zeitung“¹⁷, ein von dem politisch etwas zwielichtigen Adalbert von Bornstedt¹⁸ herausgegebenes politisches Emigrantenblatt, das von Anfang an seine demokratische Färbung nicht verhehlte und von der preußischen Regierung sofort verboten worden war, hatte seit Ende Januar 1847 den Problemen, die sich mit der Einberufung eines Vereinigten Landtags in Preußen auftraten, relativ breiten Raum gewidmet. Die Behandlung dieser Frage hatte sogar wesentlich zur demokratischen Profilierung der Zeitung beigetragen. Hauptsächlicher Autor zu diesem Thema war zunächst neben dem Herausgeber und Redakteur Bornstedt der kleinbürgerliche Königsberger Demokrat Friedrich Crueger¹⁹, der sich preußischer Verfolgung durch die Flucht nach Brüssel entzogen hatte. Bei den Analysen des königlich-preußischen Patents vom 3. Februar enthüllten Bornstedt und Crueger deutlich die Absichten der preußischen Krone, sich

durch Schaffung eines Vereinigten Landtags ein liberales Mäntelchen umzuhängen. Völlig zu Recht forderten sie auch von den Deputierten, sich nicht auf die ausschließliche Rolle von Geldbewilligern für die Krone festlegen zu lassen, sondern den Landtag als echte Volksvertretung zu konstituieren und entschlossen für die Einführung der grundlegenden bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten zu streiten. Doch blieb bei alledem der Blick zu sehr auf den Landtag selbst und vor allem darauf fixiert, ihn als Feigenblatt der preußischen Reaktionsherrschaft zu entlarven. Kaum Beachtung fand in den Abhandlungen Bornstedts und Cruegers die objektive Stellung, die diese Institution in der politischen Entwicklung des ganzen Landes einnehmen würde. Sie übersahen vor allen Dingen weitgehend die positiven Wirkungen, die von den Verhandlungen des Landtags auf das politische Leben im Lande, besonders auf die Volksbewegung, ausgehen konnten und ließen nicht zuletzt auch die Tatsache unberücksichtigt, daß sich bereits in den Provinzialständen seit geraumer Zeit eine Opposition gegen die Regierung zu regen begonnen hatte.²⁰

An genau diesen Punkten aber setzten die Kommunisten an, als sie sich mit Wilhelm Wolffs Artikel „Wer wird durch den Vereinigten Landtag in Preußen vertreten?“ (Dok. 1) Ende Februar in die Debatte des Brüsseler Blattes einschalteten und damit ihre Mitarbeit an der „Deutschen-Brüsseler-Zeitung“ begannen. Wolff schloß mit seinem Beitrag an den Artikel von Friedrich Crueger „Ueber die Zusammenberufung der Stände in Berlin“ an.²¹ Doch wandte er sich nicht nur entschieden gegen jede Bagatellisierung des Februarpatents, sondern warf auch erstmals die Frage nach der klassenmäßigen Konstellation im Vereinigten Landtag auf. Konkret analysierte er, welche Klassen und Schichten ihre Deputierten in den Landtag schicken und auf welche Art und Weise ihre Wahl zustande kommt, und gelangte so zu einer differenzierten Einschätzung des zu erwartenden Kräfteverhältnisses. Zwar werde infolge des preußisch-absolutistischen Wahlsystems der Landtag in seiner Mehrheit den großen Grundbesitz und die Bürokratie vertreten, während mittleres Bürgertum und kleiner Grundbesitz wenig repräsentiert seien und vom Volk gar nicht die Rede sein könne, gleichwohl aber gäbe es einen „liberalen Kreis“ aus Deputierten der größeren Städte, der sich im Gefolge „größerer politischer Regsamkeit“ seit den beginnenden vierziger Jahren gebildet habe. An ihn knüpfte Wolff seine Hoffnungen, denn von diesem Kreis werde die Opposition getragen, die sich in mehreren Provinziallandtagen bereits gezeigt habe und die Wolff nun auch für den Vereinigten Landtag voraussagte. War damit erstmals offen diese Möglichkeit in Erwägung gezogen, so erwartete er vom parlamentarischen Wirken einer Landtagsopposition noch keinerlei umwälzende Veränderungen. Den Hauptnutzen einer starken Opposition im Landtag sah er vielmehr in ihrem Einfluß auf die bisher „unentschiedene, unbewußte, schüchterne Masse“, deren Aktionen erst der Regierung wirkliche Schwierigkeiten bereiten und

Fortschritte erzwingen würden. Und Wolff definierte auch ebenso klar, in wessen Interessen diese Veränderungen nur liegen können: „im Sinne und zum Vorteil des Bürgertums“. (Dok. 1.)

In den folgenden Wochen traten die Landtagsprobleme in den Spalten der „Deutschen-Brüsseler-Zeitung“ zurück. Größeres Augenmerk richtete die Redaktion nun auf die Behandlung der sozialen Verhältnisse in Deutschland. Auch Wilhelm Wolff wandte sich stärker dieser Thematik zu und leistete den wohl bedeutendsten Beitrag zur Aufhellung der sozialen Grundlagen der antifeudalen Oppositionsbewegung, namentlich der Ursachen für die wachsende revolutionäre Aktivität der werktätigen Klassen. Am 4. März erschien sein Artikel „Zur Brod- und Mehfrage in den östlichen Provinzen Preußens“, in dem er unter Verwendung von Informationen aus dem Brief eines schlesischen Dorfmüllers²² die sogenannten Mühlenverhältnisse untersuchte. Wolff schilderte die Lage der kleinen schlesischen Mühlenbesitzer und ihren Kleinkrieg gegen die Rittergutsbesitzer. Er vermittelte so nicht nur ein plastisches Bild von den Zuständen auf dem flachen Lande, sondern zeigte auch, welcher revolutionäre Zündstoff sich hier bereits angesammelt hatte.

Eine Spezifik der ostelbischen Verhältnisse – die doppelte, noch feudale und schon kapitalistische Ausbeutung der Massen – bildete das Hauptthema eines weiteren, Anfang April erschienenen Artikels, der sich mit der Auswanderungsfrage beschäftigte.²³ Die besonders hohe Zahl von Auswanderern aus Deutschland erklärte er aus ebendieser doppelten Ausbeutung.

Als Anfang April mit der bevorstehenden Eröffnung des Vereinigten Landtags dieses Thema in der „Deutschen-Brüsseler-Zeitung“ wieder in den Mittelpunkt rückte²⁴, zählte Wolff bereits zu den wichtigsten Autoren und bestritt zusammen mit Friedrich Crueger den Hauptteil der Brüsseler Beiträge. Im Unterschied zu Crueger, der sich ganz auf die Polemik gegen die königliche Gängelung des Landtags spezialisierte²⁵, konzentrierte sich Wolff darauf, das Klassenwesen der Vorgänge im Landtag verständlich zu machen. Er suchte den Lesern vor allem zu erklären, daß es sich hier um einen Machtkampf zwischen Bourgeoisie und Adel handelte, der nur mit dem Sieg der Bourgeoisie enden kann. In einem Artikel unmittelbar am Vorabend der Eröffnung des Landtags richtete er an die Bourgeoisie direkt die Frage, ob sie „Herr oder Knecht?“ sein will, und gemahnte sie, die ihr objektiv zukommende Verantwortung als Führer im antifeudalen Kampf wahrzunehmen. Die Bourgeoisvertreter im Landtag forderte er unverhohlen auf, ihre Pflicht und Schuldigkeit vor der Geschichte zu tun und die 1815 und 1830 verspielte Chance nun endlich zu nutzen, um durch Erkämpfung bürgerlich-demokratischer Rechte und Freiheiten die „notwendigen Grundlagen für die Herrschaft des Bürgertums“ zu schaffen. (Dok. 2.)

In diesem Artikel ist das Konzept der Kommunisten über die Aufgaben der Bourgeoisopposition im Vereinigten Landtag bereits klar erkennbar. Sie

verlangten von der Bourgeoisie die konsequente Wahrnehmung ihrer eigenen Interessen gegenüber Adel und Krone und damit auch die Erfüllung ihrer Führungsaufgaben bei der revolutionären Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Sie unterstützten die Bourgeoisie in ihrer regierungsfeindlichen Haltung und drängten zu entschlossenem Auftreten gegen das bankrotte bürokratische Regierungssystem. Die Kommunisten befürworteten ein Ausreifen des Konflikts zwischen Bourgeoisie und Junkerinteressen innerhalb des Landtags auch deshalb, weil angesichts der Öffentlichkeit der Sitzungen von jeder ernststen Auseinandersetzung zwischen Bourgeoisie und Krone wesentliche Impulse für die Politisierung und Revolutionierung der Massen ausgehen mußten. Ohne sich Illusionen über den Charakter der Bourgeoisie hinzugeben oder deren Feigheit und Kompromißbereitschaft gar zu verschweigen, nutzten die Kommunisten alle sich bietenden Ansatzpunkte, um die Bourgeoisideputierten in ihrer oppositionellen Haltung zu bestärken, sie vorwärts zu drängen und einen offenen Zusammenstoß von Bourgeoisie und Reaktion zu forcieren.

In ebendiesem Sinne waren auch die folgenden Beiträge aus kommunistischer Feder gehalten. Mitte April fragte Wolff die bürgerlichen Oppositionellen angesichts der dem Landtag von der Krone aufgezwungenen reaktionären Geschäftsordnung, ob sie „unmündige Kinder oder erwachsene Männer“ (Dok. 4) sein wollen, und verlangte von ihnen, die königlich verordnete Geschäftsordnung zu verwerfen und eine ihren Interessen entsprechende eigene auszuarbeiten und anzunehmen. Die gleiche politische Orientierung spricht aus der wahrscheinlich von Wolff stammenden Betrachtung über die „Thronrede des Königs von Preußen“ (Dok. 5).²⁶ Hier wird erstmals die entscheidende Frage aufgeworfen; mit dieser Thronrede seien die Würfel über das Verhältnis von Bourgeoisie und Krone gefallen; nun „ist eine gegenseitige Verständigung des König- und des Bürgertums in Preußen unmöglich geworden“ (Dok. 5).

Dieser Beitrag ist noch unter einem anderen Gesichtspunkt von besonderem Interesse. War für alle kommunistischen Artikel generell die rücksichtslose Bekämpfung der Reaktion kennzeichnend, so galten die Angriffe hier vor allem dem demagogischen Buhlen der Krone um die Gunst der arbeitenden Klassen. Angesichts des nicht mehr zu vermeidenden Konflikts mit der Bourgeoisie unternahmen die reaktionären Kräfte erhebliche Anstrengungen, um die Gegensätze zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse für sich auszubeuten und die Arbeiter auf ihre Seite zu ziehen. Als besonders zugkräftig für eine solche Politik erschien der Regierung ein Gesetzentwurf zur Abschaffung der Mahl- und Schlachtsteuer.²⁷ Schloß die Analyse der königlichen Thronrede mit einer entschiedenen Zurückweisung aller reaktionären Bestrebungen, die arbeitenden Massen gegen die unbotmäßigen Landtagsdeputierten aufzustacheln, so hatten die Kommunisten schon eine Woche vorher mit einem speziellen Aufsatz auf derartige Tendenzen

in der Regierungspolitik reagiert (Dok. 3), sich mit der zeitweiligen Aufhebung der beim Volk verhaßten Mahl- und Schlachtsteuer und der gleichzeitig eingeführten Besteuerung bestimmter Delikatessen in Berlin bei den Massen lieb Kind zu machen.

Wolff parierte diese Versuche mit der nüchternen Feststellung, daß das Volk die Reaktion bereits zu gut kenne, um sich von derartiger Demagogie beeindrucken oder gar ködern zu lassen. Den besten Beweis dafür lieferten die revolutionären Aktivitäten der hungernden Arbeiter und Kleinbürger in den preußischen Städten, die sogenannten Hungerunruhen im Frühjahr 1847²⁸, denen Wolff große Aufmerksamkeit schenkte und die er gründlich im Hinblick auf ihre Bedeutung für den selbständigen Klassenkampf des Proletariats auswertete²⁹. In diesen Aktionen war die elementare antifeudale Haltung der arbeitenden Massen deutlich zutage getreten. Das Volk, so meinte Wolff in einem Artikel, in dem er erstmals die Frage aufwarf, wie sich die revolutionären Arbeiter zur feudalen Reaktion zu verhalten haben, hat auf seine Weise auf die Appellation des preußischen Königs an das Volk geantwortet. Es hat sich weder durch Geschenke noch durch Konzessionen betören und über den Löffel barbieren lassen, sondern beginnt vielmehr zu begreifen, „daß der historische König niemals solche Konzessionen gemacht, niemals dem untern Volk eine solche Aufmerksamkeit zugewandt hätte, wäre er nicht durch die äußerste Notwendigkeit dazu gezwungen, sähe er zur Rettung seiner Krone, seines Besitzes, seiner eigenen und seiner Minister Unfähigkeit irgend einen andern weniger demagogischen Ausweg“ (Dok. 6). Anhand des schlesischen Weberaufstands und anderer historischer Ereignisse bewies Wolff, daß die Krone für das Volk nur Flintenkugeln, Peitschenhiebe und Kerkerhaft bereithielt, wenn es sich erhob, um seine Lage zu verbessern.

Nach Klarstellung der grundsätzlichen Positionen, die eine bürgerliche Opposition im Landtag einzunehmen hatte, trat das Interesse der Kommunisten an den Landtagsverhandlungen für einige Zeit zurück. Das änderte sich schlagartig, als die Mehrheit des Landtags nach längerem maßvoll-kompromißlerischem Taktieren, das von der „Deutschen-Brüsseler-Zeitung“ mit wachsender Kritik beobachtet wurde³⁰, Mitte Mai in der Abstimmung um die Errichtung von Provinzialrentenbanken alle Regierungsvorlagen schlankweg ablehnte³¹. Wolff bezeichnete dieses Ereignis als „erste Züchtigung der christlich-germanischen Champagner-Regierung“ (Dok. 7) und nahm es zum Anlaß für eine zusammenhängende Einschätzung des bisherigen Verlaufs der Landtagssitzungen. Bislang sei fast alles nach dem Wunsche der Regierung gegangen, nun aber — bei Vorlage der entscheidenden, Geld betreffenden Gesetzentwürfe — hat sie ihre erste „derbe Lektion“ erhalten. Wolff feierte die Weigerung der Landtagsmehrheit, der Regierung Kredit zu geben, ohne politische Rechte erhalten zu haben, als die bisher größte Niederlage der Reaktion. Diese Abstimmung habe gezeigt,

was die Bourgeoisie mit einiger Entschlossenheit erreichen kann. Gleichwohl traute er der Bourgeoisie nicht über den Weg und befürchtete erneutes Nachgeben und weiteres Kompromisseln. In einem solchen Fall aber, unterstrich Wolff — den schon in seinem ersten Artikel geäußerten Gedanken über das Verhältnis von Landtagsopposition und Volksbewegung aufgreifend und fortführend —, werde das Volk selbst auf den Plan treten und der Reaktion den Garaus machen.

Ungeachtet des kompromißlerischen Einlenkens der großbourgeois Liberalen³² verschärfte sich in den letzten Wochen die Gegensätze zwischen Krone und Landtagsopposition. Die oppositionelle Mehrheit blieb, immer wenn es ums Geld ging, in den Abstimmungen hart und unnachgiebig. Sie lehnte sowohl die Bewilligung einer Anleihe zum Bau der Eisenbahnlinie Berlin—Königsberg ab³³, verwarf aber auch den Entwurf zur generellen Abschaffung der Mahl- und Schlachtsteuer und zur Einführung einer Einkommensteuer³⁴. Sie blieb bei ihrer Taktik, ohne Erweiterung der politischen Rechte des Landtags der Regierung kein Geld zu bewilligen. Damit blieb auch das Interesse der Kommunisten am Geschehen im Landtag unvermindert stark. Natürlich gab es genügend Grund, mit dem Gesamtverlauf der Landtagsberatungen unzufrieden zu sein. Die Haltung der Liberalen war in zu vielen Fällen zu feige und zu sehr auf Verständigung mit der Krone aus, um darüber nicht in Zorn zu geraten. Und die Kommunisten waren die letzten, die mit der Bourgeoisie Nachsicht übten. Sie kritisierten sie im Gegenteil unerbittlich und verlangten von ihr Entschiedenheit im Konflikt mit dem Absolutismus. (Dok. 8.) Doch ließen sie sich im Unterschied zu manchen kleinbürgerlichen Kräften, die auch in der „Deutschen-Brüsseler-Zeitung“ zu Worte kamen³⁵, nie dazu hinreißen, den Nutzen der Landtagsverhandlungen generell in Frage zu stellen, noch verfielen sie in den Fehler, einseitig nur die Landtagsliberalen zu attackieren.

Statt dessen betonten die Kommunisten mit Nachdruck das Neue, das der Landtag in die politische Atmosphäre in Deutschland gebracht hatte. Das bewies nicht zuletzt die Flut von Petitionen an den Landtag, denen Wolff einen speziellen Artikel widmete. (Dok. 8.) Er betrachtete die Petitionen als einen bedeutenden Fortschritt im politischen Leben, da sie sich nicht gegen einzelne Mißbräuche und Übelstände wandten, sondern einen feierlichen Protest gegen das preußische halbfeudal-bürokratische System darstellten. Bedeutsam für den Fortschritt der politischen Bewegung waren auch die anderen eklatanten Abstimmungsniederlagen der preußischen Regierung, mit denen sich Wolff in einem weiteren Artikel befaßte. Dadurch habe der Landtag „den preußischen König, seine Minister und Bürokraten auf die Armensünderbank“ (Dok. 9) gesetzt. Die Bedeutung dieser Abstimmungen sah Wolff vor allem darin, daß sie der Reaktion die Grenzen ihrer Macht wiesen und den Aufstieg der neuen herrschenden Klasse deutlich machten. Er verband diese unmittelbar vor Abschluß der Landtagsverhandlungen

geschriebene Wertung mit der Aufforderung an die Opposition, die schon errungenen Siege über die Krone auszubeuten, das Königtum von Gottes Gnaden endgültig aus dem Sattel zu heben und die bürgerliche Macht fest zu etablieren.

Nach wie vor war es ein Grundanliegen Wolffs, bei der Behandlung der Landtagsfragen den Klassencharakter der sich abspielenden Kontroversen und Konflikte klarzustellen. Es galt, die Erkenntnis zu vermitteln, daß es sich um das Ringen zwischen der überholten Feudalordnung und der aufsteigenden bürgerlichen Gesellschaft, um den Machtkampf zwischen Bourgeoisie und Adel, um den Sturz des Königtums und die Errichtung der Bourgeoisie herrschaft handelte. Besonders klar erläuterte Wolff dies in seiner Abhandlung „Schutzzoll oder Freihandels-System“³⁶, in der die Identität mit den Auffassungen von Marx und Engels so groß ist, daß sie als Engels-Beitrag in die Marx/Engels-Werkausgabe aufgenommen wurde.³⁷

Doch rückte bei der Erörterung der Landtagsproblematik seit Anfang Juni die früher nur beiläufig berührte Frage ganz ins Zentrum, wie sich die Arbeiterklasse zum Machtkampf zwischen Bourgeoisie und Adel, zum Ringen um die Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaft zu stellen hat. Den Hintergrund für diese spezielle Fragestellung bildeten die Auseinandersetzungen innerhalb der organisierten Arbeiterbewegung, das Ringen um die Anerkennung der marxistischen Grundsätze bei der Umwandlung des Bundes der Gerechten in den Bund der Kommunisten. In diesem Prozeß waren mit dem ersten Kongreß des Bundes der Kommunisten, der vom 2. bis 9. Juni 1847 in London stattfand und auf dem Wilhelm Wolff als Delegierter der Brüsseler Kommunisten zusammen mit Engels im Programm- und Statutenentwurf bereits wichtige marxistische Erkenntnisse durchzusetzen verstand, neue Bedingungen entstanden.³⁸ Die Rezeption des Marxismus durch die neue Partei der Kommunisten war keineswegs abgeschlossen. Zu den noch zu klärenden Fragen gehörten sowohl die nach dem Ziel des proletarischen Klassenkampfes als auch die nach der Stellung des Proletariats zum Kampf um bürgerliche Demokratie.

Mit seinen Artikeln in der „Deutschen-Brüsseler-Zeitung“ schaltete sich Wilhelm Wolff direkt in die durch die Beschlüsse des ersten Bundeskongresses eingeleitete politisch-ideologische Diskussion im Bund der Kommunisten und in den von ihm beeinflussten Arbeitervereinen ein.³⁹ Der in diesen Artikeln wiederholt geführte Nachweis, daß die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln den Sturz der Bourgeoisie erfordert und der Sieg der Arbeiterklasse die Abschaffung aller Klassenherrschaft mit sich bringt (siehe Dok. 8 und 9), richtete sich im Kern gegen die verschwommenen Aussagen des „Statutenentwurfs“⁴⁰ wie des „Kommunistischen Glaubensbekenntnisses“⁴¹ über den Zweck der proletarischen Partei. Die geradezu definitorische Aussage über das Verhältnis von Sturz der Bourgeoisie und Sieg des Proletariats einerseits sowie Vernichtung des

Privateigentums und damit aller Klassenherrschaft andererseits darf als Beitrag zur exakten Bestimmung des Kampfziels der Arbeiterklasse in einem neu gefaßten ersten Artikel des Parteistatuts⁴² gewertet werden.

Zugleich sah Wolff eine Aufgabe seiner publizistischen Tätigkeit darin, den revolutionären Arbeitern die Gründe für eine aktive Beteiligung an den Kämpfen um den Sieg der bürgerlichen Gesellschaft, für die Unterstützung der Bourgeoisie in ihrer Konfrontation mit Krone und Adel überzeugend auseinanderzusetzen. Drei Argumente vor allem führte er in seinen letzten Landtagsartikeln ins Feld. *Erstens* verwies er auf die mit dem Sieg der Bourgeoisie eintretende Vereinfachung der Klassenverhältnisse und die Überschaubarkeit des Kampffeldes, das die Arbeiterklasse für die Entfaltung ihres eigenen Kampfes gegen die nun machtausübende Bourgeoisie gewinnt. *Zweitens* machte er die Tatsache geltend, daß erst mit der ungehinderten Entwicklung des Kapitalismus das Proletariat sich als Klasse konstituieren und zu einer selbständigen politischen Kraft entwickeln kann. *Drittens* verwies er auf die mit einer siegreichen bürgerlichen Revolution errungenen bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten, derer das gerade entstehende Proletariat dringend bedurfte, um sich organisieren und bilden, sein Klassenbewußtsein entwickeln und seinen Klassenkampf gegen die Bourgeoisie erfolgreich führen zu können.⁴³

Klarheit in diesen Fragen war zugleich wichtig, um die Bemühungen der Reaktion zu vereiteln, die die gegen die Bourgeoisie eingestellten Arbeiter demagogisch für ihre Interessen auszunutzen trachtete. In seinem letzten Artikel in der „Deutschen-Brüsseler-Zeitung“ zur Landtagsproblematik (Dok. 10) griff Wolff dieses schon im April behandelte Thema nochmals auf. Den Anlaß gab die Aufforderung der preußischen Regierungspresse, namentlich des „Rheinischen Beobachters“, an die Arbeiter, über die nach Beendigung des Landtags am 26. Juni 1847 heimkehrenden oppositionellen Abgeordneten herzufallen. Wolff wertete diese Appelle – wie schon früher – als Versuche der Reaktion, die Erbitterung des Volks über sein Elend, für das die Regierung ihren Teil Schuld trage, allein auf die Liberalen abzuwälzen. Klarer und prinzipieller als in den früheren Artikeln formulierte er nun den Standpunkt des revolutionären Proletariats zu derlei Anbiederungen der Reaktion. Er ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die Arbeiter von der Bourgeoisie herrschaft durchaus kein Heil erwarten, betonte aber zugleich, daß ihre Feindschaft zur Bourgeoisie niemals Zustimmung zur feudalen Ordnung bedeute. Vielmehr sei es elementarstes Interesse der Arbeiterklasse, den feudalen Unrat beiseite zu schaffen, gerade um freies Kampffeld für die Verwirklichung ihrer eigenen Interessen zu bekommen. „Darum eben wird sich das Proletariat von der preußischen *Reaktion* nicht als *Werkzeug* brauchen lassen“ (Dok. 10). Es spendet allen wirklichen Anstrengungen der Bourgeoisie in ihrem Machtkampf Beifall, nicht aus Sympathie, sondern weil es auf diese Weise der eigenen Befreiung einen Schritt

Wer wird durch den Vereinigten Landtag in Preußen vertreten?

näher kommt. Mit dieser scharfen Zurückweisung aller Allianzangebote der feudalen Reaktion an die Arbeiterklasse war erstmals jene prinzipielle Position umrissen, die Marx zwei Monate später in seiner grundlegenden Auseinandersetzung mit dem „preußischen Regierungs-Sozialismus“ umfassend begründete⁴⁴, die zugleich der Beginn seiner Mitarbeit an der „Deutschen-Brüsseler-Zeitung“ war.

Wolff krönte seine intensive Beschäftigung mit den Auseinandersetzungen im Vereinigten Landtag durch eine umfassende Untersuchung und resümierende abschließende Wertung des Verlaufs und der Ergebnisse der Landtagsverhandlungen. Sie erschien unter dem Titel „Der preußische Landtag und das Proletariat in Preußen wie überhaupt in Deutschland“ im berühmten Probeblatt der „Kommunistischen Zeitschrift“⁴⁵, deren Herausgabe der erste Kongreß des Bundes der Kommunisten beschlossen hatte. Die Artikel in der „Deutschen-Brüsseler-Zeitung“ bildeten in gewissem Sinne die Vorarbeit dafür, führten an die erst nach Abschluß des Landtags mögliche Gesamteinschätzung heran. Aber diese Artikel vermitteln zugleich einen Einblick in die Diskussionen unter den Brüsseler Kommunisten um die Festlegung ihrer Politik in der bürgerlichen Revolution; sie geben Aufschluß über die von den Kommunisten verfolgte Taktik gegenüber der oppositionellen preußischen Bourgeoisie im Vereinigten Landtag. Zugleich waren diese Aufsätze ein wesentlicher Beitrag zur Verbreitung der kommunistischen Auffassungen in der organisierten Arbeiterbewegung und unterstützten das politisch-ideologische Ringen zur Bildung einer revolutionären proletarischen Partei. Schließlich bereitete Wolff durch seine Mitarbeit an der „Deutschen-Brüsseler-Zeitung“ die Umwandlung dieses Blattes in ein kommunistisches Parteiorgan vor. Sie erfolgte im Herbst 1847, als Marx und Engels selbst für das Brüsseler deutschsprachige Journal zu schreiben begannen.

Die Dokumente werden nach ihrer Veröffentlichung in der „Deutschen-Brüsseler-Zeitung“ wiedergegeben. Bei der redaktionellen Bearbeitung sind Orthographie und Interpunktion modernisiert, während Lautstand und Silbenzahl nicht verändert sind; ebenso bleiben bestimmte sprachliche und drucktechnische Eigenheiten bestehen. Eindeutige Druckfehler sind korrigiert. Allgemein übliche Abkürzungen werden beibehalten, alle anderen abgekürzten Wörter ohne Kennzeichnung ausgeschrieben. Abkürzungen von Zeitungstiteln sind in eckigen Klammern ergänzt und Titel in Anführungszeichen gesetzt. Alle Hervorhebungen werden durch Kursivdruck gekennzeichnet.

Berlin, den 24. Februar. Schon wieder ein Artikel über die preußische (sogenannte) Verfassung!, werden unsere Leser ausrufen. Sind denn diese königlichen Patente samt und sonders auch nur ein Quentchen Druckerschwärze wert. Kann man mit gutem Gewissen mehr als einen halben Bogen Löschpapier auf ihre Besprechung verwenden? Wir wollen unsere Leser in ihrer politischen Überzeugung durchaus in keiner Weise irremachen, müssen aber unsererseits die Frage aufstellen: ob nicht die preußische Verfassungsangelegenheit seitens deutscher Leser gleichwohl mehr und anhaltendere Beachtung verdiene als z. B. die spanische Heiratsmisère, mit der sie sich seit so langer Zeit an der publizistischen Krippe haben abfüttern lassen? Dazu kommt, daß die fremden Journale, namentlich „Times“, „Morning Chronicle“, „Sun“, „Daily News“, noch immer leitende Artikel über den preußischen 3. Febr. 1847 vom Stapel lassen, worin sie zufolge ihrer gänzlichen Unbekanntschaft mit den inneren Verhältnissen Preußens voraussetzen, daß der Vereinigte Landtag eine *wirkliche* Vertretung mindestens der *Stände* sein werde. Sehen wir also einmal genauer zu: Wer am 11. April cr. in Berlin repräsentiert sein wird?

Die erste Kammer, aus königlichen Prinzen, aus Fürsten und mediatisierten Herren, aus einigen Grafen und sonstigen großen Grundbesitzern zusammengesetzt, vertritt zunächst sich und dann die Regierung, mit der sie bis auf wenige Ausnahmen Ein Herz und Eine Seele ist.

Die zweite Kammer wird gebildet aus den Provinzialständen der acht Provinzen nach Abzug der in die erste Kammer übertretenden Mitglieder. In ihr sollen angeblich die drei Stände: Ritterschaft, Städte und Bauern vertreten sein. Inwiefern diese Vertretung wirklich stattfindet, wird sich aus einer wahrheitsgetreuen Schilderung der Art und Weise, in welcher die Wahlen der ständischen Deputierten, in Gemäßheit der Gesetze von 1823 und 1824 über Einführung der Provinzialstände, vor sich gehen, ziemlich genau entnehmen lassen.⁴⁶

Die Rittergutsbesitzer wählen ihre Deputierten direkt; jeder Rittergutsbesitzer bezeichnet unmittelbar denjenigen Kandidaten, den er zum Vertreter und zum Stellvertreter des Vertreters erwählt zu sehen wünscht.

Wie verhält es sich mit den Städten! In den größeren, welche durch einen oder mehrere Deputierte auf dem Landtage vertreten werden (Berlin, Breslau, Magdeburg, Königsberg, Köln usw.), geht die Wahl nicht von den Haus- und Grundbesitzern direkt, sondern von den Stadtverordneten aus. Hier haben wir also bereits mittelbare